Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e.V. (DeZIM)
Mauerstraße 76 | 10117 Berlin
www.dezim-institut.de
+49-30-200754-0
info@dezim-institut.de

Betreff	Anhörung und Stellungnahme im Ausschuss für Inneres und Heimat im deutschen Bundestag
Thema	Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten
Datum	Montag, 15.05.2024
Ort	Berlin
Vorsitz	Andrea Lindholz, CDU/CSU Fraktion
Anwesend DeZIM	Prof. Sabrina Zajak, Dr. Mirjam Weiberg

Kontakt

Prof. Dr. Sabrina Zajak, Leiterin
Abteilung Konsens und Konflikt

Tel.: (030) 2007 54 400
E-Mail: zajak@dezim-institut.de

Dr. Mirjam Weiberg, Leiterin
Fachgruppe Demokratieförderung und demokratische Praxis

Tel.: (030) 2007 54 150
E-Mail: weiberg-salzmann@dezim-institut.de

Über das DeZIM-Institut

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e.V.
Vorstände: Naika Foroutan, Frank Kalter, Volker Knoll-Hoyer
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Registernummer VR 36110 B
USt-IdNr. DE326668539 | **Bankverbindung** Deutsche Bank AG
IBAN DE96 1007 0124 0046 4016 00 | **BIC** DEUTDEDB101

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Heimat im deutschen Bundestag,
sehr geehrte Sachverständige,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Gerne nutzen wir die Gelegenheit, zum Antrag der CDU/CSU Fraktion „Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten“ Stellung zu nehmen und bedanken uns für das entgegengebrachte Vertrauen. Als sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut berücksichtigen wir den Forschungsstand im Themenfeld und diskutieren die gesellschaftspolitischen Implikationen des Antrags. Bevor wir auf einzelne Punkte vertieft eingehen, nehmen wir kurz Stellung zur grundlegenden Ausrichtung des vorliegenden Antrages und der Möglichkeit über die vorgeschlagenen Maßnahmen dessen Ziele zu erreichen.
Entsprechend unserer wissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte und unserer vielfältigen Handlungs- und Wirkräume in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien beziehen wir uns in der Stellungnahme schwerpunktmäßig auf eine vielfaltgestaltende und diversitätsorientierte Perspektive.

I Allgemeine Bewertung des Gesetzes

Es ist zu begrüßen, dass der Deutsche Bundestag im Rahmen seiner Ausschusssitzung über einen Vorschlag gegen die zunehmende Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Identifikation mit dem Grundgesetz sowie zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vor allem in den ostdeutschen Bundesländern berät. Wir hoffen, dass die Debatte über den Vorschlag dazu beitragen kann, den Umgang mit den großen Herausforderungen, vor denen Deutschland in diesem Bereich steht, in eine positive Richtung zu beeinflussen.

Gerade mit Blick darauf, dass die bundesdeutsche Demokratie aktuell von verschiedensten Seiten angefeindet und bedroht wird, möchten wir die Wichtigkeit einer Diskussion über die Ziele des Antrages betonen. Aus wissenschaftlicher Perspektive teilen wir die grundlegende Einschätzung des Deutschen Bundestages, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Demokratie in Deutschland

gefährdet sind. Das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform sinkt und vor allem junge Menschen bewerten die politischen Institutionen in der Bundesrepublik kritisch: Über die Hälfte der Befragte zwischen 18 und 30 Jahren (52 Prozent) äußern Misstrauen in die Regierung und 45 Prozent mangelt es an Vertrauen ins Parlament (von Görtz 2024). Die Zufriedenheit mit der Demokratie liegt bei unter 50 Prozent (Best et al. 2023). Dabei fällt die Zufriedenheit in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland. Auch Menschen, denen es ökonomisch schlechter geht, sind wesentlich unzufriedener (Best et al. 2023). Eine Vielzahl von Studien verweist darauf, dass gute Politikergebnisse, eine gerechte Verteilungspolitik und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe auch eine gute Demokratiepolitik bedeuten (Mauet al. 2023, Kollmorgen et al. 2024; Offe 2003). Diese Felder sind somit zentral für das Erreichen der Ziele, welche der vorliegende Antrag der CDU/CSU formuliert – eines Anfachens der Patriotismusdebatte bedarf es hingehen nicht.

Wir hoffen durch unsere Stellungnahme zu einer weiteren produktiven und fachkundigen Überarbeitung des Antrages beitragen zu können und regen seine Einbettung in bereits bestehende Strukturen zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Vielfalt, von Demokratie, Extremismusprävention und Anti-Diskriminierung an. Zusätzlich zu unserer oben genannten fachlichen Expertise zu Deutschland beziehen wir auch Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern bzw. den USA mit ein, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Damit verfolgen wir das Ziel, diese Erkenntnisse für zielgerechte und wirkungsvolle Maßnahmen im angesprochenen Bereich für alle Bürger und Bürgerinnen in Deutschland nutzbar zu machen.

II Stellungnahme zu ausgewählten Schwerpunkten

Zu Abschnitt I Feststellungen des Deutschen Bundestages mit Absatz 1. „Tag des Grundgesetzes – Nationaler Gedenktag“ und Absatz 2. „Nationale Symbole und Patriotismus“
und zu Abschnitt II Forderungen an die Bundesregierung

Unumstritten sind die Bedeutung und die Wichtigkeit der deutschen Verfassung als Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, unseres Staatswesens und unseres Rechtsstaates als positives Identifikationsmedium mit den Grundwerten, Institutionen und Verfahren der politischen Ordnung (Habermas 1990).

Allerdings ist durch die deutsche Geschichte wie durch die aktuelle Vereinnahmung von rechts außen der Umgang mit Patriotismus problematisch. So ist in der Forschung wie in der Praxis nachgewiesen, dass ein starker Patriotismus nicht selten verbunden ist mit der Abgrenzung, Abwehr oder sogar Abwertung gegenüber/von Menschen anderer Nationalität und Kultur. Übergänge in einen unerwünschten Nationalismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus oder Rassismus sind dabei gerade an den Rändern der Gesellschaft fließend (Zick et al. 2023). Potenzielle Folgen sind schwere Störungen des Zusammenlebens innerhalb des Staates, aber auch innerhalb von Staatengemeinschaften.

Selbst in Ländern, in denen der Patriotismus eine lange (positive) Tradition besitzt, weil diese ihre Geschichte – anders als Deutschland – als Reihe von Erfolgen erinnern (wie in den USA, Frankreich oder Großbritannien), zeigt sich, dass Patriotismus eben nicht die entscheidende Ressource für eine gesamtgesellschaftliche Integration ist, sondern trotz seiner Pflege erhebliche gesellschaftliche und politische Intergruppenkonflikte fortbestehen (Jones/Vernon 2018, Rorty 1999).

Der Antrag betont zwar die Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus, aber es bleibt unklar, wie konkret verhindert werden soll, dass die geförderte patriotische Gesinnung in einen schädlichen Nationalismus abdriftet. Vor dem Hintergrund anstehender Wahlen könnte sich der politische Diskurs weiter polarisieren und die Wahlkampfthemen in eine Richtung lenken, die das Thema Patriotismus übermäßig betont, was wiederum Raum für populistische Rhetorik schafft. Dies birgt die Gefahr, in einen exklusiven Nationalismus umzuschlagen, der bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließt. Insbesondere in einem Land mit starker Zuwanderung und multikulturellem Hintergrund ist das höchst problematisch. Patriotismus kann politisch instrumentalisiert werden, um die Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Agenden zu fördern oder gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, indem eine „wir gegen sie“ Rhetorik und exkludierende Gemeinschaftsvorstellungen genutzt werden.

Aus den genannten Gründen läuft eine Patriotismusdebatte den oben genannten Zielen zuwider. Aus demokratischer Sicht sollte nicht patriotischer Stolz, sondern eine positive Wertschätzung demokratischer Aspekte, gefördert werden. Wir plädieren daher für passgenauere Maßnahmen, um die Integration in und die Identifikation mit unserem Gemeinwesen zu erhöhen.

Alternative Maßnahmen und Einbindung bestehender Strukturen

Das Zusammen- und Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland sollte auf eine klar rationale Grundlage gestellt werden. Dafür sind Maßnahmen nötig, die Demokratie und Vielfalt fördern und Nationalismus, exklusive nationale Identität oder gar Rassismus bekämpfen. Als Gesamtdeutschland und als Einwanderungsland müssen wir demokratische Grundwerte und das Vertrauen in demokratische Institutionen stärken. Dafür braucht es aber weit mehr als die Zurschaustellung des verfassungsmäßigen Ertrags solcher Voraussetzungen (in Form des Grundgesetztes) von Liedgut und Fahnen oder von Gelöbnissen und Apellen.

Unsere Vorschläge zielen darauf ab, ein inklusives „Wir“ zu fördern, dass alle Bürgerinnen und Bürger würdigt und aktiv beteiligt. Dadurch könnte ein stärkeres und gerechteres Gefühl der nationalen Zugehörigkeit und Identität gefördert werden, dass Vielfalt als Stärke sieht und nicht als Problem.

1. Gedenktag mit Vielfaltperspektive umsetzen

Der „Tag des Grundgesetzes“ könnte, neben seiner Bedeutung als Grundlage unserer Rechtsordnung, auch als Plattform dienen, um die Menschenrechte im Allgemeinen

und die Vielfalt der deutschen Gesellschaft hervorzuheben. Der Gedenktag sollte die Beiträge von Menschen jeder Herkunft würdigen, die zum Aufbau, zur Stärkung und zur Aufrechterhaltung der deutschen Demokratie beigetragen haben und beitragen. Denkbar wäre, dass hierzu bereits bestehende Austauschformate und Projekte sichtbar gemacht werden, die sich für die Förderung von Demokratie, Zusammenhalt und Vielfalt einsetzen. Des Weiteren sollte der Tag genutzt werden, um auf Veranstaltungen gemeinsam mit Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu Fragen des Zusammenlebens und der nationalen Identität zu diskutieren. Inhaltlich anbieten würde sich hierfür u. a. die Frage, welche nationalen Symbole das moderne, aufgeklärte Deutschland und seine Vielfalt widerspiegeln. Auch Kunstwerke, Ausstellungen oder Lesungen könnten Themen der Freiheit, Gleichheit und der allgemeinen Menschenrechte aus verschiedenen Perspektiven darstellen. Zusätzlich zu einem zentralen „Festakt“ sollten dezentrale Veranstaltungen gefördert werden, die die Pluralität auf kommunaler Ebene, die Verbundenheit mit ihrer jeweiligen Heimatregion, die innere Bindung an deren Mundart, Landschaft und Bräuche in verschiedenen Teilen Deutschlands hervorheben. In Formaten wie Straßen- und Volksfesten, Konzerten und Diskussionsrunden können Bürgerinnen und Bürger verschiedener Herkunft zusammenkommen, um ihre Geschichten und Erfahrungen zu teilen.

2. Anschlussfähigkeit an bestehende Bundesstrukturen prüfen

Die Bundesregierung fördert über verschiedene Ressorts bereits große Bundesprogramme, die sich dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Demokratie und der Vielfaltgestaltung/Integration widmen (z. B. BMI „Zusammenhalt durch Teilhabe“, BMFSFJ „Demokratie leben!“). Über diese Programme sind auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene sehr effektive und bedarfsgerechte Strukturen, Initiativen und Projekte entstanden, die nachhaltig zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der freiheitlich, pluralen Demokratie beigetragen haben (Kleist/Weiberg 2022) und die sich den oben genannten Herausforderungen und Bedrohungen jeden Tag wieder entgegenstellen. Denkbar wäre, diese Programme inhaltlich zu erweitern, z. B. auf Politikfelder jenseits der Extremismusprävention, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse und bedeutende Themen für den Zusammenhalt sind, wie z. B. Demokratische Beteiligungsverfahren, Umwelt- und Klimapolitik oder der Wandel des Arbeitsmarktes in Zeiten der Digitalisierung.

Nicht nur inhaltlich, sondern auch verwaltungstechnisch, wäre es sinnvoll, hier auf bestehende Strukturen aufzusetzen und sich mit bereits aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu verbinden. Bei der Entwicklung der Bundesprogramme sollten, wie bisher, breite Teilen der Gesellschaft über Abfragen der Bundesministerien und öffentliche Informations- und Austauschveranstaltungen einbezogen werden.

Auf Seite der Politik ist es wichtig, dass die demokratischen Parteien nicht nur für ihre jeweilige Position argumentieren, sondern sich gegen anti-demokratischen und anti-liberale Positionen abgrenzen und geschlossen für das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und das parlamentarische System einstehen. Dazu gehört auch, bestehende demokratiefördernde Maßnahmen und Bundesprogramme über den

nächsten Haushalt hinaus zu stärken und nachhaltige strukturelle Veränderungen – wie die Verabschiedung des schon viel zu lange ausstehenden Demokratiefördergesetz – mitzutragen. Die hier bestehende Dissonanz zwischen der im Antrag gewünschten Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Demokratie bei einer gleichzeitigen Blockade und Ablehnung des Demokratiefördergesetzes bzw. bestehenden Maßnahmen kann vernünftig denkenden Bürgerinnen und Bürgern kaum plausibel erklärt werden (Kleist et al. 2023) und schadet letztendlich dem Vertrauen in die Politik und in unser demokratisches Gemeinwesen, worüber alle „gemeinsamen Erlebnismomente“ nicht hinwegtäuschen können.

3. Inklusive politische Bildung in Regelstrukturen stärken

Eine positive Bindung an den demokratischen Staat und unsere vielfältige deutsche Gesellschaft lässt sich nicht von oben verordnen, sondern muss (immer wieder) und von allen inklusiv erlernt und gestaltet werden.

Seit Jahrzehnten warten Lehrende, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie die Fachwissenschaften auf eine Stärkung und Aufwertung der politischen Bildung im Schulunterricht sowie auf einen Geschichtsunterricht, der die neuere deutsche Nationalgeschichte nicht nur als ein Thema unter anderen kurz streift. Insbesondere die politische Bildung führt ein Schattendasein in den Schulen, wird teils zusammen oder im Wechsel mit Erdkunde, Sozialkunde, Wirtschaft, Technik oder Ethik angeboten (Detjen 2015; Henkenborg 2015). Gleichzeitig besteht mit den Schulen und der geltenden Schulpflicht in Deutschland hier eine Regelstruktur, über die alle in Deutschland lebenden Menschen erreicht werden können. Es wird kaum einen besseren Ort geben, um eine stärkere Integration und Identifikation in und mit unseren Staat und unsere Gesellschaft zu befördern. Die Bundesparteien sollen geschlossen darauf hinwirken, dass dies endlich über ihre Kolleginnen und Kollegen in den Kultusministerien der Bundesländer umgesetzt wird.

Inhaltlich sollten Themenblöcke entwickelt werden, die das Verständnis und die Anerkennung der vielfältigen Geschichten und Beiträge zur deutschen Geschichte fördern. Schulcurricula könnten erweitert werden, um Themen wie Migration, Integration und die Rolle von Minderheiten in der Geschichte Deutschlands stärker einzubeziehen. Workshops und interaktive Lerneinheiten könnten helfen, ein Bild Deutschlands zu vermitteln, das alle Bürgerinnen und Bürger einschließt. Auch sollten Bildungsprogramme für Anti-Diskriminierung und Anti-Rassismus gestärkt werden, ebenso Medienbildung gegen Fake-News und Verschwörungserzählungen.

Eine Überarbeitung der historischen Ausstellungen des Bundestages ist demgegenüber sicherlich für Berlinbesucher aus dem In- und Ausland eine Bereicherung, aber ganz sicher keine Lösung für unsere vielfältigen „Fragen an die deutsche Geschichte“.

Literatur

Best, Volker/Frank Decker/Sandra Fischer/Anne Küppers (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? FES.

Detjen, Joachim (2015): Politische Bildung. Bildungsaufgabe und Schulfach, unter: https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193595/bildungsaufgabe-und-schulfach.

Ders. (2015): Politische Bildung. Bildungsaufgabe und Schulfach, unter: https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193595/bildungsaufgabe-und-schulfach.

von Görtz, Regina (2024): Jung. Kritisch. Demokratisch. Bertelsmann Stiftung.

Habermas, Jürgen (1990): Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Suhrkamp.

Henkenborg, Peter (2015): Politische Bildung. Politikdidaktische Forschung, unter: https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193802/politikdidaktische-forschung.

Kleist, J. Olaf/Mirjam Weiberg/Anja Schöll (2023): Demokratieförderung: Eine Mehrheit sieht die Demokratie unter Druck und befürwortet eine längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft. DeZIM.

Kleist, J. Olaf/Weiberg Mirjam (2022): Demokratieförderung zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35:1, S. 186-202.

Kollmorgen, Raj/Lars Voge/Sabrina Zajak (2024): Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, Springer VS.

Mau, Steffen/Thomas Lux/Linus Westheuser (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Suhrkamp.

Offe, Claus (2003): Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Campus.

Rorty, Robert (1999): Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Suhrkamp.

Sternberger, Dolf (1990): Verfassungspatriotismus, Insel Verlag.

Jones, Charles/Richard Vernon (2018): Patriotism, Polity Press.

Zick, Andreas Zick/ Beate Küpper/ Nico Mokros (2023) (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, FES.